Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2019-08-20

Dezernat: III / FD für Geoinformation
und Bodenordnung
Bearbeiter/in: Frisch, Ulrich
Telefon: (03 85) 5 45 27 51

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00043/2019

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Neubestellung stellvertretender Umlegungsausschussvorsitzender

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beschließt

1. die Abberufung von **Herrn Andreas Lehrmann** als stellvertretender Vorsitzender des Umlegungsausschusses der Landeshauptstadt Schwerin (Befähigung höherer vermessungstechnischer Verwaltungsdienst) und
2. die Bestellung von **Herrn Peter Delgmann** zum stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Landeshauptstadt Schwerin (Befähigung höherer vermessungstechnischer Verwaltungsdienst).

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Der stellvertretende Umlegungsausschussvorsitzende, Herr Andreas Lehrmann, ist aus dem Dienst des Landkreises Ludwigslust-Parchim als stellvertretender Fachdienstleiter Vermessung und Geoinformation (FD 62) ausgeschieden. Damit ist diese Funktion im Umlegungsausschuss der Landeshauptstadt Schwerin neu zu besetzen.

Herr Peter Delgmann ist stellvertretender Fachgebietsleiter Vermessung und Geoinformation (FD 62) und leitet im Fachdienst das Fachgebiet Liegenschaftskataster (FG 62/3). Er besitzt die für diese Funktion geforderte Befähigung zum höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst.

Die Landesverordnung über die Bildung von Umlegungsausschüssen und das Vorverfahren in Umlegungsangelegenheiten (Umlegungsausschusslandesverordnung - UmlALVO M-V) vom 15. November 2006 GVOBl. M-V 2006, S. 827 hat in den §§ 2 und 3 die Rahmenbedingungen für die Mitgliedschaft im Umlegungsausschuss und die Bestellung der Mitglieder festgelegt.

2. Notwendigkeit

Ohne die Neubesetzung der Funktion des stellvertretenden Umlegungsausschussvorsitzenden ist der Umlegungsausschuss nicht beschlussfähig.

3. Alternativen

Keine

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

Keine

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

Keine

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja/nein

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes (inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie

entsprechende Alternativbetrachtungen):

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e):

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

keine

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister